Resolution der Gemeindevertretung Oststeinbek

Straßenausbau: Das Land Schleswig-Holstein muss Bürger und Kommunen entlasten und echte Alternativen zu Anliegerbeiträgen entwickeln

Die Gemeindevertretung Oststeinbek begrüßt grundsätzlich, dass die Landesregierung den Kommunen die Möglichkeit geben will, auf Straßenausbaubeiträge zu verzichten. Die Ausbaubeiträge führen schließlich im ganzen Land zu sehr kontroversen Diskussionen und lähmen die kommunale Selbstverwaltung.

Klar ist aber auch, dass kommunale Infrastruktur viel Geld kostet und es mit der Abschaffung einer Einnahmequelle für die Kommunen nicht getan ist. Vielmehr wird eine Lösung benötigt, mit der alle Kommunen in Schleswig-Holstein in die Lage versetzt werden, gute und sichere Straßen, Fuß- und Fahrradwege sowie Laternen zu bauen und zu erhalten, ohne sich zu verschulden oder ihre Gemeindemitglieder gegen sich aufzubringen.

Wir fordern daher, dass sich das Land maßgeblich an den kommunalen Straßenausbau-Kosten beteiligt.

Wenn die Landesregierung eine echte Entlastung der Bürger will, muss sie die Anliegerbeiträge komplett übernehmen und den Kommunen diese Mittel zur Verfügung stellen.

Sollte die Landesregierung die Beiträge der Anlieger nur teilweise übernehmen wollen, so muss begleitend ein System geschaffen werden, in dem

- die Finanzierung von Straßenausbaukosten über Gemeindesteuern von Umlagen an Land und Kreis vollständig befreit wird sowie
- Härten für Anlieger mit großen oder speziellen Grundstücken vermieden werden (Deckelung von Beiträgen bzw. Bemessungsgrundlagen).

Beschlossen von der Gemeindevertretung Oststeinbek am 18.12.2017

Hendrik Maier

Bürgervorsteher